

Stabilität und Ordnung ohne Freiheit und Demokratie?
Chancen und Voraussetzungen einer demokratischen Entwicklung Russlands
Von Erich G. Fritz

Es gibt seit den Duma-Wahlen und besonders nach den Ankündigungen des Präsidenten der Russischen Föderation zur weiteren Stärkung der Zentralgewalt nach dem Terroranschlag in Beslan massive Kritik und weit verbreitete Befürchtungen im Hinblick auf die Demokratieentwicklung Russlands. Während solche Äußerungen innerhalb Russlands vor allem von Nichtregierungs-Organisationen und den Restbeständen der liberalen Opposition kommen, sind es außerhalb Russlands vor allem politische Kreise, Menschenrechtsorganisationen und Journalisten, die lautstark Kritik an einer „autokratischen Rückentwicklung“ Russlands üben.

Dieser Beitrag soll diese Kritik kurz darstellen, ihre Hintergründe aufzeigen und die Entwicklungen nachzeichnen, die zu dieser Kritik führen. Er soll aber auch den gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen nachgehen, die für eine demokratische Entwicklung in Russland realistischer Weise in Betracht gezogen werden müssen. Insofern ist dieser Beitrag sowohl eine Forderung nach mehr Demokratie in Russland als auch ein Werben um Verständnis für im Westen nur unzureichend zur Kenntnis genommene Voraussetzungen für die geforderte Entwicklung.

Einer der wenigen verbliebenen liberalen Abgeordneten in der russischen Staatsduma, Wladimir Ryschkow, wirft in einem Brief an den Obersten Verfassungsrichter Russlands zusammen mit 19 anderen Politikern Putin vor, das im September (2004) eingebrachte Gesetzespaket zur Reform des politischen Systems breche eindeutig die Verfassung und sei unvereinbar mit den Prinzipien „eines demokratischen, föderalen Landes, das auf dem Boden der Gesetze regiert wird.“⁴

Dieser Vorwurf des Verfassungsbruchs richtet sich gegen die Ankündigung des russischen Präsidenten, die Gouverneure und Präsidenten der 89 russischen Verwaltungsgebiete künftig nicht mehr vom Volk wählen zu lassen, sondern selbst zu ernennen und sie von den Regionalparlamenten nur noch „bestätigen“ zu lassen. Weiter wird Kritik daran geübt, dass es in Zukunft keine direkt gewählten Abgeordneten in der Staatsduma geben soll, das Parlament soll nur noch über das Verhältniswahlrecht gebildet werden. Dies ist bei der geringen Verankerung der wenig ausgeprägten Parteienlandschaft ohne Zweifel kein Zugewinn an Demokratie. Die immer wieder von Seiten kremltreuer Politiker geäußerte Begründung, Direktmandate seien zu kaufen und deshalb undemokratisch, ist keine stichhaltige Begründung. Aus dem gleichen Grund könnte man die Listenwahlen der Kremlparteien für undemokratisch erklären, die mangels Chancengleichheit und eingeschränkter Pressefreiheit sowie der Nutzung „administrativer Ressourcen „gekauft“ werden können. Ebenfalls im Blickfeld ist die Absicht, ein Gesetz zu erlassen, das es dem Präsidenten möglich macht, Richter künftig nach Belieben einzusetzen oder zu entlassen, was dann endgültig auch die Frage nach der Rechtsstaatlichkeit Russlands negativ beantworten würde.

Sicher sind sich die meisten Beobachter, dass die geplanten Maßnahmen eben keine Reaktion auf die Terroranschläge sind, sondern im Kreml von langer Hand vorbereitet waren. Der Zeitpunkt war günstig, jetzt die „Machtvertikale“ des Präsidenten zu stärken, den Föderationsrat, die zweite Kammer Russlands, zu einem weiteren Arm der Macht des Kreml zu machen. Durch einen solchen Schritt wird ohne Zweifel das staatliche Machtgefüge deutlich verändert und der Zugriff des Präsidenten auf unsichere Kantonisten unter den Gouverneuren und Präsidenten gestärkt. Freilich ist bei genauer Betrachtung nicht zu leugnen, dass es an den Zuständen in den „Provinzen“ auch viel Kritikwürdiges gibt. Schauen man sich

an, wie dort „Wahlen abliefen, heißt es auch von ausländischen Beobachtern, betrachte man, wie dort regiert werde und von wem und wie es dort jetzt um die Demokratie bestellt sei, die nun angeblich in Gefahr sei, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn Putin eingreife und künftig die Gouverneure ernennen wolle, auch um zu verhindern, dass das Land auseinanderdrifte.“ⁱⁱ

Trotz dieser Einsichten werden die geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit dem starken Zugriff auf die Medien, der Zweidrittelmehrheit der Kremlparteien in der Staatsduma und dem immer noch wachsenden Anteil ehemaliger Militärs und Geheimdienstler im Apparat des Präsidenten und zukünftig wohl auch noch in den „Provinzen“ gesehen und deshalb als Abkehr von Demokratie und Selbstbestimmung gesehen, von denen die genannte Nomenklatura ohnehin noch nie etwas gehalten hat. Wenn selbst der Putin-Berater für Wirtschaftsfragen, Andrej Illarionow von einem „Klima der Angst“ sprichtⁱⁱⁱ, das sich verbreite, dann muss man diese Hinweise ernst nehmen. Illarionow weist zu Recht auch darauf hin, „der Staat allein – und nähme er noch so viele Tschinowniki (Staatsdiener) zu Hilfe – könne die Herausforderungen der künftigen Entwicklung nicht bewältigen. Werde die Möglichkeit des freien Gedankenaustausches durch Zensur und Selbstzensur eingeschränkt, dann schwäche dies die Gesellschaft, und das sei gefährlicher für das Land als manche Bedrohung von außen.“^{iv}

Der Vorsitzende der liberalen Partei Jabloko, Grigorij Jawlinski, spricht im Zusammenhang mit der vom Kreml beabsichtigten weiteren Zentralisierung fast schon resignierend von einer logischen Entwicklung, Putin habe nur die Strukturen der Realität angepasst.^v Jawlinskij kritisiert zusätzlich, dass Putin verstärkt Vertraute aus dem Geheimdienstsektor an die Spitze strategischer Unternehmen setze, was die Schattenwirtschaft und die Korruption fördere, weil alle nach den Regeln dieser Leute spielen müssten. Auf diese Weise werde die Vetternwirtschaft der 90er Jahre fortgesetzt – „nur mit anderen Akteuren“.^{vi}

Garri Kasparow, Ex-Schachweltmeister und Vorsitzender des „Komitees 2008“, das sich laut SPIEGEL als Speerspitze für die Zeit nach Putin positioniert, spricht von „stalinistischen Tendenzen“ und von einem Land mit „Marionettenparlament und ohne unabhängige Medien“.^{vii}

Galina Iwanowa, Historikerin an der Russischen Akademie der Wissenschaften, spricht davon, Russland befinde sich „auf dem Weg in einen Staat, der Elemente des Zarenreiches, der Sowjetzeit und dem China der Gegenwart aufweise“. Sie sieht das Streben nach russischer Größe – im Vergleich zur Supermacht USA und dem Aufbau eines Wirtschaftssystems, das der „sozialistischen Marktwirtschaft“ Chinas gleiche, das Putin verkörpere als den Punkt, an dem das Verlangen des Volkes und die populistische Attitüde des Präsidenten zusammenkämen.^{viii} Weiter meinte die Menschenrechtlerin, es gäbe zwar keine harten staatlichen Repressionen, sehr wohl aber eine „gesellschaftliche Selbstzensur“, Putins Gebote würden bereitwillig befolgt.

Zu den Kritikern der Demokratieentwicklung in Russland zählt auch Alexander Warkentin, der in einem Kommentar^{ix} den Fall Chodorkowski zu einem Prüfstein darüber erklärte, ob „sich der russische Staat zurückentwickelt zum Privateigentum einer Clique von Putin-Funktionären“. Wenn die Staatsapparatschiks sagten, der Oligarch müsse teilen lernen, meinten sie nicht die Rentnerin in der Provinz. Sie meinten sich selbst. Die von Putin proklamierte „Vertikale der Macht“ stehe. Die Kader der Geheimdienste hätten alle Schlüsselpositionen im Staatsapparat besetzt, der ehemalige KGB hätte die Macht übernommen. Die Provinzfürsten seien diszipliniert, unabhängige Medien geschlossen, das Parlament gezähmt. Das russische Modell der „gelenkten Demokratie“ erlaube es, Wahlen

noch vor dem Urnengang zu manipulieren. Unliebsame Kandidaten würden vorsorglich aus dem Feld geräumt.

Der ehemalige Rechtsberater des Präsidenten Boris Jelzin erklärte in einem Interview^x, „wir haben ungefähr das, was man in den 60ern „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ nannte, ich würde sagen, eine ‚liberale Sowjetmacht‘“. Putin überschreite bei der Ernennung der Gouverneure die Verfassung.

Juri Ginsburg, der russische Schriftsteller warnte nach dem Geiseldrama von Beslan vor einem „Rückfall in die stalinistische Atmosphäre“^{xi}, und Irina Scherbakowa von der Menschenrechtsorganisation Memorial diagnostiziert, dass „natürlich bestimmt absolut antidemokratische Stimmungen da sind“ und dass unter der „Terrorkappe und dem Vorwand Kampf gegen den Terror ein wirklicher Abbau von Demokratie anfängt. Eigentlich ist er schon da. Die ganze Situation dreht sich schon seit mindestens zwei oder drei Jahren in diese Richtung.“^{xii}

Die russische Kritik, die sich durch weitere Namen und Einschätzungen beliebig ergänzen ließe, zeigt sehr deutlich, dass man von einer Demokratie im westlichen Sinne in Russland heute nicht sprechen kann. Was sich da abzeichnet ist aber sicher auch nicht der Weg in eine Diktatur oder in eine „Sowjetunion mit Marktwirtschaft“, um noch eine kritische Aussage aus Russland zu zitieren. Die Bezeichnungen wie „autoritäre Modernisierung“, „Autokratische Herrschaft nach russischem Staatsverständnis“ oder „Stabilisierung durch Zentralisierung“ treffen den Vorgang wohl ziemlich genau. Das Ergebnis ist sehr wahrscheinlich ein autokratisches System, das von einer Vielzahl von Russen akzeptiert wird, weil man die Zeit Jelzins nicht als positiven Übergang zur Demokratie sondern als Phase des Chaos, der Bereicherung, des rücksichtlosen Liberalismus und des Verlustes des Ansehens Russland erlebt hat.

Putin ist der Wille zur Modernisierung Russlands nicht abzusprechen. Er ist davon überzeugt, dies nur auf dem Wege von mehr Macht für den Kreml durchsetzen zu können, um gleichzeitig Stabilität, Integrität Russlands und weltpolitische Geltung erreichen zu können. Ob damit aber die Kräfte mobilisiert werden können, die für die nach wie vor ausstehende durchgreifende Modernisierung der Wirtschaft nötig sind, ist eher unwahrscheinlich. Alexander Jakowlew, den man mit Fug und Recht den geistigen Vater der „Perestrojka“ Gorbatschows nennen kann, hat in einem Vortrag in Wien darauf hingewiesen, dass den positiven wirtschaftlichen Reformen eine Politik gegenüberstehe, in der die Führung „im politischen Leben die Schraube immer mehr“ anziehe. Dieser Gegensatz sei gefährlich, denn „Liberalismus und Autoritarismus lassen sich nicht miteinander verheiraten. Das geht niemals gut.“^{xiii} Er fordert, die Reformblockade im Land zu lösen und nennt als Voraussetzung dafür eine „Entbolschewisierung“.^{xiv} Dahin scheint der Weg allerdings weit zu sein, wenn man die Vorbereitungen auf den Kongress der Partei Einheitliches Russland im November 2004 betrachtet, auf dem über die Neugestaltung der Organe der Partei beraten und beschlossen werden soll. Die Vorschläge dazu glichen eher den Strukturen der ehemaligen KPdSU als einer neuen demokratischen Kraft.^{xv}

Ein zwiespältiges Resümee zieht auch Fischer, indem er einerseits auf beachtliche Reformleistungen hinweist, Putins Bestreben anerkennt, dass „Russland eine normale Wirtschaft werde, in der sich in- und ausländische Investoren und Unternehmer wohl fühlen könnten“, andererseits aber auch feststellt, dass Putin neben politischer Stabilität und Kontrolle auch eine in liberaler Freiheit prosperierende Wirtschaft wolle, jetzt aber den Einfluss auf die Wirtschaft ausweite und Kontrollen praktisch ausschalte. Er erkennt in der Entwicklung der russischen Wirtschaft einen „neuerdings postulierten korporatistischen

Kommando-Kapitalismus russischer Prägung“, der in der Konsequenz zur Emigration der Erfolgreichen und zur Rückeroberung der Macht durch einen kleinen Kreis von Geheimdienstfunktionären und Vertretern der Machtorgane (auch in der Wirtschaft) führt. Es bestehe, so sein Fazit, die Gefahr, dass Putin eine historische Chance verpasse und sein Land in wirtschaftliche Stagnation sowie in Misswirtschaft und Korruption lateinamerikanischer Prägung lenke.^{xvi}

Dass die Putinsche „Machtvertikale“, die Zentralisierung der Macht, die Verringerung des Wählereinflusses in der Region, die Gängelung der Presse, der Zugriff auf die Justiz und die Organisation von Parlamentsmehrheiten durch Parteigründungen aus dem Kreml heraus für die westlichen Demokratien kein Grund für weiteren Vertrauensvorschuss für Putin und die Entwicklung Russlands ist und zur Kritik führt, ist selbstverständlich. Wie unsicher westliche Regierungen im Umgang mit der russischen Regierung und ihrem Präsidenten immer noch sind, zeigen die höchst widersprüchlichen Reaktionen auf die Vorgänge, sofern überhaupt über inhaltslose Verbundenheitsphrasen hinaus Reaktionen gezeigt wurden.

Der Umgang mit dieser Kritik von russischer Seite ist wiederum kaum nach zu vollziehen. Auch wenn gerade die westliche Kritik die konkreten Verhältnisse weitgehend außer acht lässt und mehr aus einer Projektion westlicher Vorstellungen entsteht als aus der Beschäftigung für in Russland vorhandene Ansätze zur Demokratisierung, kann das kein Grund sein, so zu reagieren, wie dies geschieht.

Dies wurde besonders deutlich, als im September 2004 115 Politiker, Wissenschaftler und Intellektuelle aus Amerika und Europa in einem offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der NATO appelliert haben, ihre Russlandpolitik zu ändern, weil der bisherige Weg die russische Demokratie nicht gefördert habe, ihre Russlandpolitik demnach gescheitert sei.

Es ist ein illustres Feld von Namen, das dieser offene Brief zeigt, Vaclav Havel ist darunter und der ehemalige polnische Außenminister Bartoszewski, US-Senatoren, unter ihnen John McCain, Fukuyama und Glucksmann, aber auch die ehemaligen Ministerpräsidenten Amato, D'Alema und Bildt. Aus Deutschland haben der CDU-Außenpolitiker Friedbert Pflüger, die FDP-Politikerin Leutheusser-Schnarrenberger, der Grünen-Vorsitzende Bütikofer und General Naumann unterschrieben.

Aus der SPD hat sich dem offenen Brief niemand angeschlossen, vielmehr hat der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler in einer scharfen Reaktion für die SPD die Kritik als überzogen zurückgewiesen.^{xvii}

Die Kritik richtet sich gegen die Freiheits- und Demokratiebeschränkungen in Russland, insbesondere nach dem Geiseldrama in Beslan und drückt die „tiefe Sorge“ der Beteiligten aus, dass die tragischen Ereignisse von Beslan „genutzt würden, um die Demokratie in Russland weiter zu untergraben“. Seit seinem Amtsantritt hätte Putin die ohnehin fragilen demokratischen Institutionen weiter geschwächt, er hätte die Pressefreiheit immer weiter eingeeengt, die „checks and balances“ des föderalen Staates zerstört, politische Gegner willkürlich eingesperrt, legitime Kandidaten von Wahllisten gestrichen, Nichtregierungsorganisationen gegängelt und deren Leiter verhaftet sowie die politischen Parteien Russlands geschwächt. Die nach Beslan angekündigten Maßnahmen würden die Macht noch weiter zentralisieren und Russland „einen Schritt näher an ein autoritäres Regime“ bringen.^{xviii} Russland entferne sich von den zentralen Aspekten demokratischer Wertvorstellungen der euroatlantischen Gemeinschaft, man müsse sich eindeutig auf die Seite

der demokratischen Kräfte Russland stellen. Man dürfe nicht wegschauen oder einen „doppelbödigen Demokratieansatz für Osteuropas Staaten entwickeln.

Diese Kritik, die zumindest von den deutschen Unterzeichnern auch als Kritik an der offiziellen Linie der Russlandpolitik Schröders und Fischers gemeint sein dürfte, dem kritikloser Umgang mit Putin vorgeworfen wird, ist natürlich überwiegend berechtigt und muss erlaubt sein.^{xix} Ob die Form des offenen Briefes angemessen ist, sei dahingestellt. Richtig ist, dass Putin seine Partner im Westen bisher im Unklaren darüber lässt, ob er eine eindeutige Entwicklung in Richtung Demokratie für Russland für notwendig und richtig hält und ab wann er mit welchen Maßnahmen und bei welchem Grad an „Stabilität“ diesen Weg gestalten will. Kritik an dieser Unklarheit ist nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig und wird von einer bewusst demokratischen Minderheit in Russland auch von westlicher Seite erwartet.

Wenn man allerdings die Formulierung „die Demokratie in Russland weiter zu untergraben“ genauer untersucht, so enthält sie die Mutmaßung, Russland habe bereits eine Demokratie gehabt, die nun in Gefahr sei. Und die Formulierung, man müsse sich eindeutig auf die Seite der demokratischen Kräfte Russlands stellen, ließe vermuten, es gäbe eine tiefe Verankerung des demokratischen Gedankens in Russland und breite Bevölkerungsschichten, deren erstes Ziel die Demokratie sei.

Wenn man diesen beiden Gedanken nachgeht, muss man feststellen, dass Russland seit der Öffnung des totalitären Sowjetsystems durch Michail Gorbatschow, besonders aber seit der Präsidentschaft Jelzins viele formale Kennzeichen einer Demokratie aufweist. Es finden regelmäßig Wahlen statt, es gibt ein Parlament, der Präsident wird direkt vom Volk gewählt, es existieren Parteien, und das Volk beteiligt sich an den Wahlen zumindest so stark wie in den USA und anderen westlichen Staaten. Eine wirkliche Verankerung des demokratischen Gedankens in der russischen Bevölkerung gibt es allerdings bis heute nicht.

Der Einstellung zur Demokratie in Russland wird später noch nachgegangen. Die formale Demokratie der Jelzin-Zeit hat in den Augen der russischen Bevölkerung durch die Bereicherung der Oligarchen, die Raubprivatisierung und die direkte Verbindung beider Bereiche zum Zwecke der politischen und wirtschaftlichen Macht nie wirkliche Strahlkraft erhalten. Eine entwickelte Demokratie, die wesentliche Kriterien westlicher Demokratien erfüllt hätte, hat Russland in seiner Geschichte noch nicht gehabt. Insofern ist die Kritik des offenen Briefes eben doch mehr eine Projektion von Erwartungen als eine Auseinandersetzung mit dem Zustand der Demokratieentwicklung in Russland. Dadurch ist ein wesentlicher Ansatz für eine konstruktive Auseinandersetzung mit den Chancen für eine demokratische Entwicklung in Russland bereits vertan worden.

Die Reaktionen auf den offenen Brief und die darin enthaltenen Vorwürfe zeigen allerdings auch nur bestimmte, auf Kritik aus dem Ausland immer wieder kehrende Reflexe der russischen Führung, die ebenfalls keinen Ansatzpunkt für eine weiterführende Diskussion bieten.

Da wird zunächst darauf hingewiesen, dass der Inhalt des Briefes ganz wesentlich den Aussagen des US-Senators John McCain auf der Wehrkunde-Tagung^{xx} in München entspreche – was durchaus zutrifft – und die Kritik wird augenblicklich in Schablonen des Kalten Krieges gesteckt. Dann wird argumentiert, die Kritik würde mit der Absicht vorgetragen, Russland zu schaden und es wirtschaftlich zu schwächen, was ich den Autoren nicht unterstelle. Nichtregierungsorganisationen in Russland, die sich der Kritik des offenen Briefes durch Stellungnahmen angeschlossen haben, wird schnell unterstellt, sie handelten

nach dem Motto „wess' Brot ich ess', dess' Lied ich sing“, sie verträten die Meinung ihrer in der Regel ausländischen, westlichen Geldgeber.

Ein wirkungsvoller Demokratie-Dialog kann auf eine solche Weise nicht zustande kommen. Demokratische Kräfte werden so nicht ermutigt, Verständnis im Sinne einer demokratischen Veränderung wird so nicht geweckt. Grigorij Jablinski sagte dazu, die Stellungnahme des offenen Briefes sei mehr oder weniger korrekt. Sie dürfe aber nicht zum Start einer Kampagne werden. Dies wäre „kontraproduktiv und nicht der richtige Weg“. Westliche Kritiker sollten, das sei hilfreich, vielmehr direkt die Probleme der einfachen Russen ansprechen.^{xxi}

An dieser Stelle der Diskussion wird immer wieder die Frage gestellt, ob Putin selbst denn ein Demokrat sei oder wenigstens aus der Einsicht, dass ein Land, das marktwirtschaftlich erfolgreich sein möchte, auf freie und verantwortliche Bürger angewiesen ist, sich für einen langfristigen Weg zur Demokratie einsetzen werde.

Dazu hat sich Putin bisher nicht ausführlich geäußert. Bis zu seiner Wiederwahl zum Präsidenten hat Putin sich immer den Anschein gegeben, er setze sich für den Rechtsstaat ein, der Begriff der „Diktatur des Rechts“ stammt von ihm, seit dem Fall Chodorkowski und dem Zugriff auf Richterbesetzungen sind daran Zweifel angebracht. Die nach der Verfassung demokratischen Institutionen wusste er bisher für seine Politik zu nutzen. Die Art und Weise, wie er nun versucht, letzte Reste der Opposition von zukünftigen Wahlen auszuschließen, zeigt wie die Nutzung „administrativer Ressourcen“ für die Duma- und Präsidentschaftswahl, dass er bereit ist, auch Grenzen zu überschreiten, von denen er selbst weiß, dass sie Kritik im Ausland provozieren.

Es bleibt unklar, ob das, was nun in Russland geschieht, schon die Vollendung der „gelenkten Demokratie“ ist oder ob weitere Schritte zur alleinigen Verfügungsmacht des Kreml über alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen folgen werden.

Schrieb die Neue Zürcher Zeitung^{xxii} nach der Duma-Wahl 2003 noch, man könne aus den Ergebnissen vielerlei Erkenntnisse herauslesen – gute, zwiespältige und beunruhigende – so mehren sich nach Beginn der zweiten Amtszeit die Zweifel. Die hohe Zustimmung der zur stärksten Formation aufgestiegenen Partei Vereintes Russland, eine von Putin selbst geschaffene Partei ohne Verankerung im Volk, die zusammen mit der nationalistischen Partei Heimatland und den sogenannten Liberaldemokraten Schirinowskis von Kreml beliebig dirigiert werden kann, hat deutlich gemacht, dass das Vertrauen in Putin größer ist als die Befürchtung, er könne diese Instrumente zur Einschränkung von Freiheit und Demokratie benutzen. Das Volk wollte nach den 90ern vor allem eines: Ordnung, Stabilität und weitere wirtschaftliche Fortschritte. Wenn dabei der Präsident noch den Oligarchen ihre Grenzen zeigen konnte, dann war das Interesse vieler Wähler voll erfüllt.

In russischen Veröffentlichungen zu den ersten 100 Tagen der zweiten Präsidentschaft Putins kann man lesen, dass Kommentatoren den Präsidenten loben und auf seine Kreml-Umgebung schimpfen.^{xxiii} Gleb Pawlowskij – „Fonds für effektive Politik“- fasste sein Lob darin zusammen, Herr Putin sei „die einzige funktionierende Institution der Demokratie“. Der Chef des „Fonds Politika“, Wjatscheslaw Nikonow ernannte Putin gar zu einer „liberaleren und prowestlicheren Figur als 90 Prozent der russischen Elite und Bürger“.

War den Beobachtern nicht aufgefallen, wie zwischen den Duma-Wahlen und der Präsidentschaftswahl die Wirksamkeit der Nutzung „administrativer Ressourcen“ noch einmal gesteigert wurde? Die Berichte über mehr oder weniger geschickte Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung und der Stimmabgabe für Putin füllen Seiten. Die Menschen fühlen sich

an alte Zeiten erinnert und verhalten sich danach. Da ist die Rede von geschlossener Stimmabgabe in Armeeeinheiten, von Bürgermeistern, die ihre Verwaltungsmitarbeiter und Angehörigen verpflichten. Von oben nach unten wurde mit Entlassungsdrohungen gearbeitet, wenn eine bestimmte Wahlbeteiligung nicht erreicht würde. „Bei einer Besprechung im Gebiet Krasnodar soll ein Vize-Generalgouverneur den versammelten lokalen Wahlorganisationen 85 Prozent Wahlbeteiligung als Planziel vorgegeben haben. Und ein Vize-Gouverneur fasste sich knapp: ‚66 Prozent – oder Erschießung‘. Von „Wählerstimmen statt Schmiergeld“ bei Verwaltungsvorgängen ist die Rede, von der Aufnahme in Krankenhäusern gegen Vorlage der Wählerkarte.“^{xxiv} Offiziell wurden alle Berichte lapidar mit dem Hinweis auf „administrative Übertreibungen“ abgetan, die „die Staatsmacht diskreditierten“.

Noch ernster muss man Berichte über Wahlfälschungen nehmen. Bei einem Moskaubesuch erzählte mir ein russischer Gesprächsteilnehmer mit freundlichstem Gesicht von diesen „administrativen Ressourcen“ und auf welche Weise in Verwaltungen und Betrieben die Mitglieder für die „Partei des Präsidenten“ gewonnen würden, vor allem aber sagte er, dass man im Norden Russlands eine Wahl nur um etwa 5%, bis in den Süden in den Kaukasus aber bis zu 90% fälschen könne. Die offiziellen Ergebnisse der Wahlbeobachtung können solche Meinungen nicht bestätigen, genau so wenig wie die Vorwürfe von Jabloko, die von 433 000 falsch ausgezählten Stimmen ausgeht oder von dem Präsidentschaftskandidaten Sergej Glasjew, der von drei Millionen falschen Stimmzetteln für die Kreml-Hauspartei bei den Duma-Wahlen ausging.

Nimmt man die völlige Chancenlosigkeit kremlferner Parteien und Kandidaten in den elektronischen Medien als weiteres Maß für die Freiheit und demokratische Substanz der Wahlen, so fällt es einem schwer, an faire Wahlen zu glauben.

Breiter Protest in der Bevölkerung gegen die Wahlen wurde nicht registriert.^{xxv} Die Zustimmung in beiden Wahlen für den Präsidenten war unabhängig von den tatsächlich eingefahrenen Stimmen überwältigend. Hat der Präsident dadurch eine echte demokratische Legitimation?

Putin selbst hat zumindest an einer Stelle zu erkennen gegeben, dass er einen – wenn auch weiten – Weg zur Demokratie sieht. In seiner Botschaft an die Föderalversammlung vom 26. Mai 2004 erklärte der Präsident: „Wir müssen den Zustand unserer Demokratie kritisch bewerten. Unsere gesellschaftliche Struktur ist bisher weit entfernt von Vollkommenheit; wir sind erst am Beginn des Weges.“^{xxvi} Die Handlungen des Präsidenten nach Beslan lassen nicht vermuten, dass die jetzt eingeleiteten Maßnahmen Schritte auf dem von ihm angesprochenen Weg sein könnten.

Putin hat allerdings bei einem Interview am Rande des APEC-Gipfels in Chile zu verstehen gegeben, dass die lautstark geäußerte Kritik nicht spurlos an ihm vorüber gegangen ist. Er bestritt eine autoritäre Amtsführung. Es sei, so sagte er, ausgeschlossen, dass Russland zu einem totalitären System zurückkehre – was die meisten Kritiker im Übrigen auch gar nicht behauptet hatten. Er wiederholte, Russland werde seine „eigene Form der Demokratie“ aufbauen. Eine starke Regierung sei nötig, um das Land zusammen zu halten und Kriminalität zu verhindern. Die Schwierigkeiten beim Aufbau der Demokratie und einer bürgerlichen Gesellschaft führte er auf die „autoritäre zaristische und kommunistische Vergangenheit zurück.“^{xxvii}

Es besteht jedoch die Gefahr, dass Putin westlicher Kritik, wenn sie denn überzogen vorgetragen wird, nicht mehr zuhört und in Gegnerschaft zu seinen Kritikern verfällt. Es muss

vermieden werden, ihn in eine ausweglose Situation zu bringen, die nicht nur ihm sondern dem ganzen Land signalisieren würde, der Westen wolle Russland nicht als gleichberechtigten Partner anerkennen. Diese Gefahr besteht auch deshalb, weil der Westen an die chinesische Führung vergleichbar strenge Anforderungen an Umfang und vor allem Geschwindigkeit der Veränderungen nicht stellt. Und auch die Beobachtung, über welche Defizite die Europäische Union bei ihren Beitrittsländern und vor allem den Beitrittsaspiranten hinweg blickt, signalisiert für viele russische Beobachter eine Beurteilung mit zweierlei Maß. Putin weiß genau, dass er für seinen Modernisierungskurs auf Europa und den Westen angewiesen ist. Er weiß nach meiner Meinung auch, dass er international nur die von ihm für sich und Russland gewünschte Rolle spielen kann, wenn Russland nach den Regeln des 21. Jahrhunderts spielt und demokratische Strukturen und einen funktionierenden Rechtsstaat entwickelt.

Alexander Rahr, ein Kenner Russlands und Putins hat solche Gedanken kürzlich dargestellt^{xxviii} und auf die Frage, was einem Mann wie Putin Demokratie bedeute, gesagt: „Putin möchte einen starken Staat, ein starkes Russland errichten, das mit Amerika und der Europäischen Union immer konkurrieren kann. Zuviel Demokratie, zuviel liberale Marktwirtschaft könnten aus seiner Sicht schädlich werden auf diesem Weg. Er will sein Programm durchsetzen, durchboxen gegen alle Widerstände.“ Er bezeichnete Putin als einen „aufgeklärten Autokraten“.

Sergej Kowaljow hat schon 2000 gesagt: „Eine Gesellschaft, in der die Regierung handelt ohne auf die Meinung des Volkes Rücksicht zu nehmen, in der aber auch die Leute unabhängig von der Regierung denken und reden, wie sie wollen, kann man nicht mehr als totalitäre Gesellschaft bezeichnen. Eine solche Gesellschaftsordnung – genauso oder fast so ist die Lage noch im heutigen Russland – verdient eher die Bezeichnung autoritär. Dies ist natürlich nichts Gutes, aber es ist kein Totalitarismus.“^{xxix}

Grigorij Jablinski hat das unter Putin entstehende System als „Kapitalismus mit stalinistischem Antlitz bezeichnet.“^{xxx} Er begründet das mit sechs Besonderheiten des Systems unter Putin: „Es gibt kein unabhängiges Justizsystem, kein unabhängiges Parlament, keine unabhängigen Medien. Es gibt keine parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste und der Regierungsinstitutionen. Die administrative Ressource bei Wahlen ist groß... Und schließlich: Es hat eine totale Verschmelzung von Geschäft und Macht stattgefunden. So ein System, in dem von einem Zimmer aus alles gesteuert wurde, wurde in Russland in den dreißiger Jahren geschaffen. Und auf die Frage, im Ausland rede Putin viel über Demokratie und ob man diesen Reden glauben könne, antwortete er: „Aber ja, er hat nichts gegen Demokratie, sie ist ihm gleichgültig. Putin ist ein Anhänger des Obrigkeitsstaates aus Überzeugung. Das bestimmt die Rangfolge seiner Aufgaben: Armee, Erhöhung des BIP, Kampf gegen Armut. Demokratie gehört nicht zu seinen Prioritäten.“^{xxxi}

Die Präsidentschaft Putins sei die bisher deutlichste Verkörperung des „russischen Weges“, schreibt z.B. Gerhard Simon. „Dieser Weg verläuft sozusagen gleich weit entfernt vom kommunistischen Totalitarismus und vom westlichen Liberalismus.“ ... Die zentrale Botschaft laute: „Alle Macht dem Kreml!“ Eine organisierte Opposition gibt es nicht. Putins Politik sei „eine Kombination von politischer Stabilität, wirtschaftspolitischer Stagnation und Rückschritten in den Bereichen Demokratisierung, Rechtsstaat und Menschenrechte.“^{xxxii}

Putin nutzt die Möglichkeiten einer demokratischen Verfassung für seine Ziele, ohne zurzeit die Möglichkeiten für eine Verbreiterung der demokratischen Basis zu nutzen, die er aufgrund der hohen Zustimmung für ihn in der Bevölkerung nutzen könnte, um die Macht mit mehr Legitimation auszustatten und staatliches Handeln kontrollierbar zu machen. Er erfüllt die

demokratischen Institutionen nicht mit Leben, sondern macht sie dem Kreml dienstbar. Dazu gehört die gesteuerte Wahl zur Duma, die Durchsetzung der Partei „Jedinaja Rossija“ – Einheitliches Russland – die ohne wirkliche gesellschaftliche Basis aus mehr oder weniger freiwillig rekrutierten Mitgliedern besteht. Neuerdings ist die Rede davon, im Kreml würde bereits die Gründung einer neuen Partei vorbereitet. Diesmal sei es eine „liberale Partei“, sie solle eine neue „Machtpartei“ sein, ein Gegengewicht zu den Parteien Einheitliches Russland und Rodina. Die Vorbereitungsarbeiten seien weitgehend abgeschlossen, in 57 Gebieten des Landes seien bereits regionalen Parteizellen gebildet worden. Damit im Zusammenhang stünde auch eine Gesetzesänderung, die Regierungsbeamten und Regierungsmitgliedern die Mitgliedschaft in Parteien ermöglicht. German Gref, Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel, Finanzminister Alexej Kudrin und der Vorsitzende der Rechnungskammer, Sergej Stepaschin sollen zu den Hauptfiguren der neuen Partei werden. Putin, so wird gesagt, wolle damit im Westen zeigen, dass es in Russland weiterhin politische Freiräume gäbe und das Parteienspektrum nicht begrenzt sei.^{xxxiii}

Dieses Vorgehen macht aus Kreml-Sicht auch deshalb Sinn, weil gleichzeitig die Wahlrechtsreform den noch verbliebenen liberalen Abgeordneten in der Duma, die durch Direktmandate in das Parlament eingerückt sind, dies Möglichkeit in Zukunft nicht mehr eröffnen wird.

Das Vorgehen der Mehrheit in der Duma nach den Wahlen lässt wenig Hoffnung auf ein Selbstverständnis und –bewusstsein der Fraktionen der Duma gegenüber dem Kreml aufkeimen. Ohne die geringsten Bedenken wurden zum Beispiel alle Parlamentsfunktionen vom Präsidenten der Duma bis zu den Ausschüssen ausschließlich mit kremltreuen Politikern besetzt, Minderheitenregeln im Sinne eines Common Sense gibt es nicht. Die Arbeitsfähigkeit der Oppositionsabgeordneten ist mehr als eingeschränkt.

Vor der Welt wird also ein Potemkinsches Dorf „Parlament“ aufgebaut, das ein wirkliches demokratisches Leben weder vertritt noch initiieren wird. In Zukunft können die Bürger Russlands also wählen, wen sie wollen, völlig frei, die Mehrheit hat immer der Kreml. Oder sollte Putin sich täuschen? Werden die von seiner Gnade geborenen Parteien ein Eigenleben entwickeln? Werden Kremlgrößen als neue Parteiführer eigene Ziele verfolgen? Werden inhaltliche Diskussionen zwischen diesen Parteien ernster werden als sie geplant waren? Werden Bürger diese Parteien auch jenseits des Machtwillens des Präsidenten zu nutzen versuchen? Kann ein Ansatz an Pluralität gesellschaftliche Interessen und Wünsche in den Parteien abbilden? Wird die Einsicht wachsen, dass in der Konzentration der Macht auf eine Person auch eine Gefahr steckt, dass Putin nicht immer Präsident sein wird? Kann dann die Hoffnung auf Stabilität noch aufrechterhalten werden?

Gibt es für solche Entwicklungen jenseits des Putinschen Kalküls eigentlich einen Nährboden in der russischen Bevölkerung?

Der Ruf der Parteien in Russland ist schlecht. Der Antiparteieneffekt, wie er bereits in der Weimarer Republik beschrieben wurde und wie er nach den Erfahrungen der Nazizeit in Deutschland erneut belebt wurde, ist nach 70 Jahren Erfahrung mit einer Einheitspartei auch in Russland deutlich erkennbar.^{xxxiv} Die Bevölkerung will mit Parteien eigentlich nichts zu tun haben. Erfahrungen mit Selbstorganisation konnten die Bürger nicht sammeln, die Formulierung von Interessen, die logischer Weise gegen das totalitäre System gerichtet gewesen wären, war nicht möglich oder geschah im Verborgenen, im Untergrund und Widerstand.

Demokraten konnten nicht herangezogen werden, die Menschen waren nicht nur überwiegend mit der Sicherung ihrer Lebensgrundlagen in der Mangelwirtschaft beschäftigt, es gab auch – abgesehen von wenigen Jahren in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts kurz nach der Revolution – nicht den Spielraum für freie gesellschaftliche, künstlerische, publizistische Betätigung. Woher also sollte die demokratische Substanz im nun Transformationsgesellschaft genannten Russland kommen? „Demokratie ohne Demokraten“, das kommt uns Deutschen doch bekannt vor?

Die grundlegenden Interessen der Arbeitnehmer in der Sowjetunion konnten nicht artikuliert werden, Vereinigungsfreiheit gab es nicht. Gewerkschaften als Interessenvertretungen, denen man sich freiwillig anschließen konnte, in denen man selbst Verantwortung übernehmen und Interessen vertreten konnte, gab es nicht. Die Einheitsgewerkschaft bildete keine verantwortungsbewussten, konfliktbereiten Arbeitnehmer heran, die z.B. in neuen Parteien Arbeitnehmerinteressen hätten organisieren können.

Freiwillige humanitäre oder karitative Organisationen, in denen sich o.g. Eigenschaften hätten entwickeln können, gab es nicht. Sport war staatlich organisiert, Eigenorganisation in Vereinen war nicht vorgesehen, Menschen, die in solchen Organisationen Verantwortung und Praxiswissen hätten entwickeln können, gab es nicht.

Persönliche Verantwortung im Unternehmen im Sinne der Entwicklung von Persönlichkeitsprofilen und Kreativität, Darstellungsfähigkeit etc. gab es nicht.

Kirchen, die eine gesellschaftliche Vorstellung oder gar Modelle sozialer Verantwortung und gesellschaftlichen Engagements entwickelt hätten, gab es nicht.

Vor allem aber: Es war in Russland noch nie Praxis des Lebens, dass man sich auf formale Rechte berief oder berufen konnte oder diese Rechte gar gegenüber dem Staat einforderte oder sogar einklagte. Man war zu allen Zeiten und in allen erlebten Systemen bis heute von Personen und Beziehungsgeflechten abhängig, die das Recht, soweit es formuliert war, nicht achteten. „Die russische politische Kultur ist in Vergangenheit und Gegenwart geprägt durch den Mangel an Reziprozität zwischen Staatsmacht und Machtunterworfenen, zwischen Gemeinschaft und Individuum, zwischen Rechten und Pflichten, zwischen oben und unten. Vorrang haben – jedenfalls dem Anspruch nach – stets die Macht, die Gemeinschaft und die Pflichten gegenüber den Machtunterworfenen, dem Individuum und seinen Rechten. ... Das Recht hat also im Bewusstsein nur eine begrenzte Reichweite, es ist Ausfluss der Politik und der Macht. Man beugt sich dem Gesetz, soweit es opportun ist. Begrenzte Reichweite bedeutet auch, dass Menschen nicht an die eigenen Rechte und deren Durchsetzbarkeit glauben, insbesondere dann nicht, wenn sie sich gegen den Staat richten.“^{xxxxv}

Woher also hätten die Russen die Fähigkeiten und Möglichkeiten für den Aufbau von basisgebundenen politischen Parteien entwickeln können? Ganz abgesehen davon, dass sie spätestens in der Jelzin-Ära zum größten Teil beim Kampf um die Existenz wieder auf sich selbst zurückgeworfen wurden.

Für eine demokratische Willensbildung sind aber Zusammenschlüsse in Parteien unerlässlich, da der Einzelne politisch nichts bewirken kann. Die Befähigung dazu ist den Menschen jedoch unmöglich gewesen. Parteien sind Gruppierungen Gleichgesinnter, die gemeinsame Ziele und Überzeugungen teilen und durchzusetzen versuchen. Dafür notwendige gesellschaftliche Prozesse waren aber ausgeschlossen. Selbst die Vorstellung davon, dass so etwas möglich sei, hatten nur wenige, mit Informationen aus der westlichen Welt Ausgestattete oder kleine Zirkel von Intellektuellen.

Dazu kommt, dass das Prinzip des Demokratischen Zentralismus gerade jede Eigenverantwortung und Kreativität bestrafte, zumindest aber verdächtig machte. Die Vorstellung, dass eine Regierung ihre Macht nicht hemmungslos ausnutze, sondern durch öffentliche Kontrolle begrenzt sei, konnte nicht entwickelt werden. Direkter Kontakt zwischen Bürgern und ihren „Repräsentanten“ war weder erwünscht noch vorgesehen. Transparenz, die Grundvoraussetzung für Beteiligung, war nicht vorhanden. Öffentliche Kontrolle über freie Medien war unmöglich. Interessen wurden an der Spitze formuliert und waren keine Sache des Volkes oder von Teilen davon.

V.P. Ljubin schreibt dazu, es gäbe historische Konstanten in der russischen politischen Entwicklung. Dazu gehörten „der autoritäre Charakter der Macht und die Vorrangstellung des Staates vor der Zivilgesellschaft. Die demokratischen Rechte und die Freiheit wurden von der Gesellschaft nicht erkämpft, sondern aufgrund der Gnade des Monarchen gewährt. Daher auch die große Rolle der Bürokratie, des Paternalismus und des Klientelismus, eine weit verbreitete politische Trägheit und Unbeweglichkeit, das Fehlen zivilisierter Wechselbeziehungen zwischen „oben“ und „unten“ und Rechtsnihilismus auf beiden Seiten. Etatismus, die Allmacht des Staates und die Schwäche der bürgerlichen Gesellschaft, die nur schwach ausgeprägte Fähigkeit der Bevölkerung zur Selbstorganisation.“^{xxxvi}

Der Obrigkeitsstaat, den die Sowjetunion ohne Zweifel darstellte, hatte und hat in Russland eine lange Tradition. Es ist kein Wunder, dass Putin meint, man könne alles, die Wirtschaft, die Politik, die Zivilgesellschaft und auch die Parteien, die man für den Parlamentarismus braucht, von oben organisieren. Eine andere Art und Weise hat es in Russland nie gegeben.

Die politische Kultur Russlands ist nicht durch eigenständige geistige oder politische Bewegungen beeinflusst und auch nicht im Austausch mit Ideen anderer Regionen verändert worden (z.B. der Französischen Revolution, amerikanische Unabhängigkeitserklärung etc.), sondern ist integraler Bestandteil der nationalen russischen Kultur, die ganz wesentlich von der byzantinischen Kultur beeinflusst wurde, ja sich selbst als deren Nachfolgerin betrachtet. Von den christianisierten Kiewer Rus über das Moskowitische Reich zum Petersburger Kolonialreich und der kommunistischen Sowjetunion gibt es Traditionslinien, auch wenn die Systeme sich selbst jeweils als Bruch zum vorhergehenden verstanden. Eine Aufklärung hat es im geistigen und politischen Verständnis nicht gegeben, eine Reformation hat in der Orthodoxen Kirche nicht stattgefunden, die Öffnungen nach Westen im Zarenreich und durch das Vordringen der Naturwissenschaften und der Literatur hat die breite Masse des russischen Volkes lange nicht erreicht und eine freie Auseinandersetzung mit dem Gedankengebäude des Marxismus war in der Sowjetunion nach kurzer Zeit nicht mehr möglich, weil der Marxismus vermachtet und zum Instrument des Stalinismus geworden war. Die Auseinandersetzung mit Alternativen philosophischer, politischer und wirtschaftlicher Theorien war nur in einem eng begrenzten intellektuellen Kreis möglich und wurde als konterrevolutionäre Bestrebung verfolgt. Das Ergebnis war ein weit verbreiteter Privatismus und eine Janusköpfigkeit der russischen Gesellschaft, die jedem Besucher der Sowjetunion begegnet sind, der irgendwann privaten Kontakt zu Menschen dieses großartigen Volkes mit seiner Herzlichkeit, Gastfreundschaft und Vertraulichkeit gefunden hat. Traf man sich tagsüber offiziell, wurde das ganze Tableau der offiziellen Phraseologie aufgeboten, war man abends in der Wohnung hinter verschlossenen Türen, dann wurde herzlich gelacht, großartig gefeiert und offen, frech und direkt diskutiert.

Wer aber dem Glauben anhing, dass nach den Veränderungen durch Gorbatschow und Jelzin wie von selbst westliche Werte und Vorstellungen von Demokratie, Machtbegrenzung,

Rechtsstaat, Parlamentarismus, Selbstorganisation und Parteienstaat Einzug halten würden in die russische Gesellschaft, der kann nur als naiv oder oberflächlich bezeichnet werden.

Dennoch hat sich in den letzten Jahren in der Auseinandersetzung um den Weg Russlands auch in der Bevölkerung etwas getan: In Umfragen (Analytisches Zentrum von Juri Lewada) sind 66% der Bürger Russlands von der Notwendigkeit des Bestehens von Oppositionskräften überzeugt. Nur 21% sind der Meinung, so etwas braucht man nicht. Die Zahl derer, die eine Opposition für wichtig halten, ist bei den Untersuchungen in den letzten Jahren ständig gestiegen.^{xxxvii}

Mehr als 60% sind der Meinung, dass Kritik an den Organen der Macht in den Massenmedien präsent sein muss, sie sei nützlich. Hier wirkt sich sicher die weitgehend freie Mediensituation in der Jelzinzeit aus. Selbst bei einem stark unterstützten Präsidenten ist man doch der Meinung, dass auf Dauer das Ergebnis von Politik nicht gut sein wird, wenn keine öffentliche Kritik geäußert wird.

Die Umfragen zeigen auch, dass man diese Opposition nicht in den bestehenden Parteien sieht und dass auch aus dem Kreml „produzierte“ Parteien nicht ernsthaft als Möglichkeiten in Betracht gezogen werden. Diese Einstellungen geben jedoch noch nicht den notwendigen Impuls, die Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbstorganisation in der Bevölkerung zu entwickeln, die Grundvoraussetzung der Entwicklung von basisorientierten, interessengeleiteten Mitgliederparteien wäre.

Gibt es also doch Ansätze für eine Veränderung hin zu einem demokratischen Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten? Ein einheitliches Bild gibt es nicht. Zu sehr sind regionale Unterschiede (Stadt/Land), bildungsbezogene, altersbezogene Aspekte zu beachten, die die politische Kultur mit prägen. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass die Bereitschaft zur Unterordnung deutlich geringer wird. Insbesondere das Gefühl der Ungerechtigkeit der bestehenden Verhältnisse wird zu einem starken Antrieb neu erwachter politischer Aufmerksamkeit.

Hemmend steht dem allerdings gegenüber, dass für die meisten Russen Liberalismus, westliche Demokratie und kapitalistische Marktwirtschaft durch die Misserfolge der Reformpolitik, den Rückgang der Produktion, die sichtbare Armut, den protzig zur Schau gestellten neuen Reichtum und die immer noch weit verbreitete Korruption diskreditiert sind und so die Überzeugung gewachsen ist, man müsse einen eigenen Weg finden. Christoph Neidert fasst diesen Befund folgendermaßen zusammen: “For a substantial portion of post-Soviet society, democracy means chaos, corruption, criminality, injustice, and poverty. Many Russians blame democracy for the widespread fraud and deception. To them, the arbitrary dictatorship of the Communist Party, responsible for mass terror and millions of murders, now stands for stability, justice, and order.”^{xxxviii} Diesen Befund teilt auch Hans-Joachim Spanger, indem er feststellt: “Da die Einführung der Demokratie in Russland mit einem säkularen wirtschaftlichen Niedergang, mit sozialer Unsicherheit, Kriminalität und Staatsverfall einher gegangen ist, fällt das weit überwiegende Urteil über die „Ergebnisse“ der Demokratie unzweideutig – und vernichtend – aus. Die anhaltende Popularität des autoritären Etatismus eines Wladimir Putin ist ohne diese Erfahrung und ihre – kurzschlüssige – Verarbeitung nicht zu verstehen.”^{xxxix}

Bei der Hoffnung auf Stabilität erwartet man nichts von dem eigenen individuellen Beitrag, sondern setzt in alter Tradition auf einen starken Mann, den man in Putin gefunden zu haben glaubt. Gleichzeitig, was ist schon ohne Widersprüche im menschlichen Leben und in der Geschichte, beobachtet man auch eine verstärkte Ausrichtung an Verhaltensweisen, die

durchaus als individualistische Werte anzusehen sind. Die neu gewonnenen Freiheiten werden durchaus geschätzt, ja bei der Frage nach einer Priorität sind diese Freiheiten den Russen nicht weniger wichtig als Wohlstand und Gleichheit. Freilich, wie sollte es anders sein, konkurrieren die Freiheitswerte mit der Orientierung am „Kollektiv“, Gemeinschaftlichkeit ist nach wie vor ein hoher Wert, aber ist das wirklich falsch, wenn es eine bewusste Entscheidung zur Hinwendung zum Nächsten ist? Der immer schon vorhandenen Suche nach dem geschickt erreichten persönlichen Vorteil, dem sich verantwortlich fühlen in der Familie steht aber nach wie vor die Distanz zur öffentlichen Verantwortung gegenüber.^{x1}

Änderungen ergeben sich neuerdings in der Wirtschaft, im Arbeitsverhältnis, dem Beruf. Früher eher gering geschätzte Werte wie Leistung, Wirksamkeit, Qualifikation, Vorankommen, sichtbarer Erfolg und unternehmerischer Gewinn – sofern legal erworben, gewinnen an Ansehen und werden immer höher eingeschätzt.

Wie sollte es anders sein, differieren die Einstellungen zwischen den prosperierenden Regionen, vor allem den Städten und benachteiligten Regionen und dem Land. Deshalb muss eine schnelle grundlegende Änderungen im Verhältnis zur Macht, die Umgestaltungsmacht entwickeln könnte, für absehbare Zeit noch nicht erwartet werden, die Potenz dazu wächst allerdings schneller, als die alte und neue Nomenklatura das erwarten wird.

Bei soziologisch-empirischen Untersuchungen in Russland wurde festgestellt, dass sich ganz allgemein für 50% der Bevölkerung durchaus positive Begriffe wie Freiheit, Partei und Volk mit dem Begriff Demokratie verbinden. Die andere Hälfte allerdings assoziiert eher Begriffe wie Anarchie, Chaos, Demagogie, Obdachlose, Betrug etc. Aber 50% positive Assoziationen sollten westliche Kritiker doch zur Geduld und positiven Begleitung raten.^{xli}

Solovejckik nennt vier Kontexte, in denen Demokratie im Alltag regelmäßig benutzt würde: Alles was früher verboten war, ist jetzt erlaubt; Möglichkeit, sich frei zu äußern; Idealgesellschaft, in der nur perfekte „echte“ Menschen leben; hoher Lebensstandard vergleichbar mit dem „in den echten demokratischen Staaten“ (USA und EU-Länder).^{xlii} Er weist auch darauf hin, dass ältere Befragte Demokratie eher mit Reformen und Senkung des persönlichen Lebensstandards assoziierten, jüngere aber in erster Linie mit der Entstehung neuer Möglichkeiten, aber auch neuer Risiken wie Drogen. Es werden in diesen Altersgruppen auch Ängste festgestellt, die Regierung könne die demokratische Staatsform zu ihren Gunsten in Totalitarismus verwandeln.

Der Befund ist also vermutlich so, wie man ihn auch ohnehin vermutet hat: In der jungen Generation gibt es deutliche Verhaltensänderungen, in der älteren Generation ist der Verlust an Sicherheit prägend. Insgesamt ist dies aber kein schlechter Befund für eine Hoffnung auf eine langfristige demokratische Entwicklung in Russland. Wer sich etwa die demoskopischen Erhebungen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland und ihre Veränderungen in den letzten 15 Jahren ansieht, der wird schnell Parallelen erkennen.

Über alle Generationen hinweg hat Putin Zustimmung bei seinem Vorgehen gegen die Oligarchen, auch wenn vielen ganz klar ist, dass er nur einen öffentlich vorgeführt hat, um alle anderen zu domestizieren. Das Vorgehen gegen Jukos und Chodorkowski war machtpolitisch und wahltaktisch von Putin richtig eingeschätzt, rechtsstaatlich allerdings sehr fragwürdig. Die Raubprivatisierung und Oligarchiebildung geschah unter Jelzin. Putin hat jetzt den Ruf, dagegen vorzugehen, das wird ihm positiv angemerkt. Das wird als Akt der Gerechtigkeit angesehen, auch wenn der Begriff des „Volkseigentums“ keine besondere Bedeutung bei den Menschen mehr hat. Vor allem aber wird bei den sehr beachteten Reaktionen aus dem Westen aufmerksam vermerkt, dass dort das spektakuläre Schicksal des

Oligarchen und Superreichen Chodorkowski mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als den weit über 100 Millionen Russen, die durch den Zusammenbruch und die chaotische Übergangszeit der Jelzin-Ära in materielle Verhältnisse zurückgeworfen wurden, die man Armut nennen muss. Dass unter diesen Verhältnissen sich Hoffnungen auf einen starken Staat und seine Verkörperung, den Präsidenten richten, sollte gerade in einem Land wie Deutschland nicht verwundern, das in seiner Geschichte ein schreckliches Beispiel für die missbrauchte Hoffnung auf Hilfe durch einen starken Mann besitzt – dabei geht es nicht etwa um einen billigen Vergleich sondern nur um die Beschreibung von Reflexen in einer Bevölkerung, die Angst um ihre materiellen Lebensgrundlagen hat. Gerade dieses Beispiel sollte allerdings auch ein Grund sein, die Entwicklung sorgfältig zu beobachten und möglichst vielfältige Beziehungen und menschliche Kontakte zu Russland zu entwickeln, Kritik sorgfältig und rechtzeitig zu üben, falsche Töne aber zu vermeiden.

Wenn in der Vergangenheit beklagt wurde, dass die „liberalen Ressourcen“ der russischen Gesellschaft gering seien,^{xliii} weil sie selten aus der Mitte der Gesellschaft entspringen und Revolutionen und Reformen in der Regel staatlich verordnet seien, dort, wo es gesellschaftliche Bewegungen gäbe, sie nur rudimentäre Basisbezüge hätten, so ist doch unverkennbar, dass sich jenseits der Machteliten etwas bewegt, das es zu entwickeln und zu fördern gilt.

Gleichzeitig, auch hier wieder eine Parallele zur Entwicklung von Einstellungen in den neuen Bundesländern, verändern sich die Meinungen, wer denn Schuld an den schlechten Entwicklungen in der Gesellschaft habe: Waren 1994 noch 21,9% der Meinung, die KPdSU sei schuld, so hat 2002 nur noch 12,6%. In der gleichen Zeit wird Boris Jelzin höhere Verantwortung zugeschrieben (34% statt zuvor 18%) und Michail Gorbatschow (32% statt 29%), der Mafia 26% statt 20%, der Nomenklatura nur noch 15% statt 26%. Erstaunlich und ermunternd ist allerdings, dass 2002 30% sich an die eigene Brust schlagen und sagen, sie seien selbst verantwortlich, während es 1994 nur 24% waren.

Bei der Frage, welche (theoretische) Partei die Menschen unterstützen würden, steht an erster Stelle eine Partei der sozialen Gerechtigkeit mit über 65%, an zweiter Stelle eine Partei der Menschenrechte mit 40%, überraschender Weise an Platz drei bereits eine Partei zur Beschränkung der Einwanderung. Eine Partei der aktiven erfolgreichen Menschen käme mit 18% noch hinter einer Partei der Staatsbeamten mit 22%. Vielfältige Interpretationen sind gestattet.

Diese kleine Auswahl aus einer Vielzahl von Befunden der Demoskopie zeigt für den westlichen Betrachter eine verwirrende Unübersichtlichkeit. Positiv interpretiert heißt das aber auch: Bedeutende Teile der russischen Gesellschaft sind auf dem Weg, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen und sich ein, wovon auch immer geprägtes Bild selbst zu machen. Deshalb ist es nicht sinnvoll, Russland und seine Menschen nach wie vor mit Klischees ihres angeblichen Nationalcharakters zu überziehen. Ermuntern, ermutigen, vor allem zusammen kommen und sich kennen lernen ist gefragt. Eine erfolgreiche und selbstsichere russische Bevölkerung wird auch einen demokratischen Weg gehen und sich von restaurativen Tendenzen der Putin-Jahre nicht aufhalten lassen. Die Entwicklung demokratischen Bewusstseins und der Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung und zur couragierten Auseinandersetzung mit der Macht braucht Zeit, vor allem in Russland. Man muss Putin nicht lieben, um zu sagen, dass er dem ersten Bedürfnis der Russen nach Sicherheit und Ordnung entspricht und deshalb mit Zustimmung rechnen kann. Putin ist aber nicht das Ende der russischen Geschichte. Sein Pragmatismus könnte sogar hilfreich für die Öffnung neuer Perspektiven sein. Der Westen kann durch seine Haltung und seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit hilfreich oder durch übermäßige Kritik und gefühllosen Umgang mit der

„russischen Seele“ hinderlich sein für eine demokratische Entwicklung in Russland. Man muss immer wieder daran erinnern, dass es sich um ein Land handelt, in der eine synthetische politische Sprache jede Diversifizierung öffentlicher Meinung unmöglich machte und noch vor 15 Jahren alle Charakteristika einer zivilen Gesellschaft fehlten, im öffentlichen Raum ein freier Austausch von Meinungen und Waren nicht erlaubt war. Das Bewusstsein für das Ausmaß der Veränderungen sollte nicht verloren gehen: „Before 1988, a gathering on the street or a public square of more than three people was illegal“.^{xliv}

Stimmt also die Aussage des „offenen Briefes“, die Demokratisierungspolitik des Westens sei in Russland gescheitert?

Ich bin der Auffassung, dass diese Aussage verfrüht und zu pessimistisch ist, dass sie vor allem aber nur aus einer Perspektive möglich ist, der des vermeintlich überlegenen Westens. Es lohnt sich, darüber nachzudenken, ob es eine solche Politik eigentlich gegeben hat, oder, im positiven Falle, ob ihr Ansatz richtig gewählt und der Einsatz ausreichend war. Kritik ist wichtig, sie wird aber nur auf fruchtbaren Boden fallen, wenn sie Lösungen aufzeigt und in eine enge Zusammenarbeit eingebunden ist.

Der Ansatz des Dialogs der Zivilgesellschaften wie im Petersburger Dialog verändert die Realität der Lebenswahrnehmungen in der russischen Gesellschaft natürlich – zumindest kurzfristig – nicht. Die Unterstützung der Nicht-Regierungsorganisationen ist sicher ein wichtiger Beitrag auch in Zukunft. Allerdings muss dabei auf den Ansatz geachtet werden.

Die oben bereits zitierte Galina Iwanowa macht immer wieder darauf aufmerksam, dass die Tatsache, dass zivilgesellschaftliche Organisationen auf ausländisches Geld angewiesen sind, in vielfältiger Weise dazu benützt würden, sie durch das Schüren nationalistisch-russischer Stimmungen als vom Ausland abhängig und als von dort ferngesteuert zu diskreditieren. Dieses Vorurteil ist in Russland schnell zu erzeugen und wachzuhalten.^{xlv} Auch der Präsident selbst äußert sich in dem Sinne, man könne die NGO nicht als im Interesse Russlands handelnd ansehen. Aus ihrer Entstehungsgeschichte – Systemkritik, Menschenrechtsansatz, Dissidenten – ist das aus der Sicht des normalen russischen Betrachters auch nachvollziehbar. Putin ruft dazu auf, die NGO möchten sich auf die Seite der „Macht“ stellen.

Es müssen also neue, zusätzliche Ansatzpunkte zur Entwicklung der Zivilgesellschaft entwickelt werden. Es müssen Ansätze sein, die den Menschen in ihrer konkreten Lebenssituation helfen und mit der Entwicklung von Verantwortung und Selbstorganisation verbunden sind. Der erste Ansatz muss wie im Nachkriegsdeutschland in der Erziehung und Bildung stattfinden. NGOs müssen auf Bedürfnisse der Menschen eingehen und möglichst die Organisationsformen mit diesen entwickeln und nicht Strukturen aus anderen Ländern einfach übertragen. Der Ansatz, lokale Demokratie zu fördern, ist viel zu gering ausgeprägt. Putin wird nach der Einhaltung der unterschriebenen Verpflichtungen viel zu selten gefragt. Kommunale Mitwirkung und Mitentscheidung muss nicht zu letzt durch die konkrete Zusammenarbeit von Kommunen und mit Leben erfüllte Städtepartnerschaften gefördert werden. Der kulturelle und menschliche Austausch mit Russland bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück und muss gestärkt werden, besonders durch dauerhafte menschliche Beziehungen von engagierten Bürgern auf beiden Seiten, die diese Beziehungen zu ihrer eigenen Sache machen und so gesellschaftliche Bereiche beider Völker vernetzen können. Jugendaustausch, Nutzen von Studiengemeinschaften, dauerhafte Beziehungen von Vereinen, Verbänden und Initiativen bieten ein weites Feld der Demokratieförderung auf mittelfristige und lange Sicht. Diese Möglichkeiten werden sich die Russen, insbesondere die nachgeborenen, auch von einem eventuell bestehenden autoritären System nicht mehr nehmen lassen.

Der Blick auf Russland ist verstellt. Das hängt mit historischen Stereotypen und Empfindlichkeiten auf beiden Seiten ebenso zusammen wie mit der Konzentration auf staatlich-politische und wirtschaftliche Beziehungen.

Ich bin nicht der Meinung von Egon Bahr, die er mir gegenüber in einem Tischgespräch bei den Schlangenbader Gesprächen der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in 2004 geäußert hat: „Es geht in Russland“, so sagte er, „nicht um Demokratie, es geht nur um Recht.“ Und in einer Diskussionsrunde dieser renommierten deutsch-russischen Gesprächsrunde sagte er, er halte Putin nicht für einen Demokraten. Die USA hätten Russland diese Demokratie „aufgeschwätzt“.^{xlvi}

Ich will hier nicht über meine Reaktion berichten, aber anmerken, dass ich Egon Bahr nicht zustimme. Es geht sehr wohl um Demokratie und nicht nur um Rechtsstaatlichkeit. Jeder überzeugte Demokrat weiß, dass die Mähr vom „gerechten Diktator“ noch immer in der Unterdrückung der Menschen und oft genug in Krieg und Gewalt geendet hat. Recht ist eben auf Dauer gerade nicht ohne Demokratie zu erreichen und zu sichern. Und gerade die Armen und die Machtlosen sind darauf angewiesen, dass neben ihrem Recht, das ihnen im Zweifelsfalle gar nicht hilft, weil sie es nicht durchsetzen können, auch die demokratische Teilhabe, Kontrolle von Macht und eine unabhängige Justiz gesichert sind.

Egon Bahr steht mit seiner Auffassung natürlich in einer gewissen philosophischen und politischen Tradition, der nachzugehen hier sehr reizvoll wäre, aber einem anderen Zusammenhang überlassen bleiben muss. Auffällig ist für mich nur, dass er Bündnisgenossen hat, die so gar nicht zu ihm zu passen scheinen: In der deutschen Wirtschaft, aber auch weit darüber hinaus in Europa, ist das Augenmerk wie bei der russischen Bevölkerung nur darauf gerichtet, ob die Verhältnisse stabil sind. Ob sie demokratisch sind, interessiert weniger.^{xlvii} Dabei ist natürlich unbestritten, dass gerade für investierende und über Grenzen handelnde Unternehmen Stabilität und klare Rechtsverhältnisse unerlässliche Voraussetzungen sind. Es bleibt aber auch nicht verborgen, dass dem Zuwachs an Rechtssicherheit für ausländische Unternehmen in Russland kein vergleichbarer Zuwachs für den russischen Bürger gegenübersteht.

Viele Beobachter sind der Meinung, dass es in Russland keine Demokratie westlichen Musters geben könne und plädieren dafür, die Russen doch ihren Weg selbst suchen und entwickeln zu lassen. Dem kann man zu stimmen, wenn die Grundlage solcher Diskussionen die Festlegung ist, dass außer Frage stehen muss, dass Macht auf Zeit vergeben wird, kontrollierbar sein muss, dass öffentliche und parlamentarische Kontrolle nicht ersetzbar ist, dass Machtorgane durch die Entscheidung der Bürger zu Stande kommen müssen und dass eine unabhängige Justiz dem Bürger als Schiedsrichter zur Verfügung stehen muss. Dazu meint Vyacheslav Nikonov in seiner Prognose für ein Russland 2013: “Pure democracy cannot become a national idea in Russia since it has been discredited through a decade of painful reforms. Yet it can become part of a national idea if it is bound with patriotism.”^{xlviii}

Seine Prognose ist, dass in den nächsten zehn Jahren die westliche Demokratie keinen “Brückenkopf” in Russland wird bilden können. Er ist der Meinung: “This country possesses a political regime which transitologists most often describe as immature, or as being a non-liberal democracy; such a system has rather good chances for perpetuating itself. Many of the mayor components of democracy – among them the rule of law and accountability of power – are now carving out a path for themselves, yet as concepts which occasionally bear little relation to reality.”^{xlix} Alleine die Prägung eines Begriffs wie “Nicht-liberale Demokratie” wirkt auf den westlichen Betrachter mehr als fremd. Die darum geführte Diskussion im Kreise russischer Beteiligter muss aber ernst genommen werden. Vor allem muss im Jahr 2004

Nikonov die Frage beantworten, ob seine dem Zitat anschließenden Begründungen für die Stabilität einer solchen nicht-liberalen Demokratie nach Beslan und dem Sieg Putins bei beiden Wahlen noch gelten: „The stability of a regime of non-liberal democracy is largely guaranteed by the Constitution which provides far-reaching powers to the head of state, and places him beyond the system of checks and balances.“^{li}

Ralf Dahrendorf wird von einem Interviewer zitiert: „Als die kommunistischen Regime Osteuropas nach 1989 eines nach dem anderen zusammenbrachen, schien es, als hätte die Demokratie gesiegt. Heute jedoch, kaum zehn Jahre später, sind sich viele dessen nicht mehr ganz so sicher.“ Und er fährt fort. „Die tatsächliche Regierungsgewalt liegt eindeutig immer weniger, keinesfalls immer fester in den Händen des Volkes, des ‚demos‘“^{lii}

In dem dann folgenden Gespräch nennt Dahrendorf drei Kernfragen, die beantwortet sein müssten, um von einer Demokratie sprechen zu können, einer Demokratie, gedacht als Ensemble von Institutionen, die darauf abzielen, der Ausübung politischer Macht Legitimation zu verleihen. Er fragt erstens: „Wie können wir in unseren Gesellschaften Veränderungen ohne Gewalt herbeiführen?“ Zweitens: „Wie können wir mit Hilfe eines Systems von ‚checks and balances‘ die Machtausübenden kontrollieren und sicherstellen, dass sie ihre Macht nicht missbrauchen?“ Und Drittens: „Wie kann das Volk, wie können alle Bürger an der Ausübung der Macht mitwirken?“^{lii}

Es wird schnell deutlich, dass in Russland zumindest auf die Fragen eins und drei bereits vorläufige, noch nicht befriedigende Antworten gegeben worden sind. Was noch fast völlig fehlt oder zurzeit sogar zurückgefahren wird (z.B. die Rolle des Föderationsrates, Ernennung der Gouverneure durch den Präsidenten, Zugriff auf die Justiz, Lage der Pressefreiheit) ist die Kontrolle der Macht.

Und noch einmal zu Egon Bahr: „... der Rechtsstaat sagt nicht viel darüber aus, wie dem ‚demos‘ die Teilhabe am demokratischen Prozess garantiert werden soll.“ Russland und seine Menschen müssen deshalb auf Dauer beides bekommen bzw. erkämpfen: Demokratie und Rechtsstaat. Ob dies auf Dauer möglich wird, ist für die Zusammenarbeit im „gemeinsamen Haus Europa“ (Gorbatschow) von elementarer Bedeutung. Ob es gelingen kann, liegt an einer verantwortlichen Präsidentschaft Putins, der entscheiden kann, ob er alle Möglichkeiten, die die Macht seines Amtes ihm bietet, ausschließlich zum weiteren Ausbau der Möglichkeiten des Staates und des Kremls nutzt oder ob er seine neue Stärke und die Stabilität Russlands nutzt für die Transformation seines Landes in eine sichere, erfolgreiche, von den Bürgern getragene und gestaltete und auf der Partnerschaft mit Europa und den USA gegründete Demokratie.

Die EU-Staaten und die USA müssen sich darüber klar werden, ob sie eine langfristig wirksame Transformationsstrategie verfolgen wollen oder die Forderung nach „Demokratisierung“ Russlands jeweils nur als taktische Variante der außen- und wirtschaftspolitischen Interessen verfolgen. Wenn dem Westen ein demokratisches Russland ein echtes Anliegen ist, müssen Beziehungen entwickelt werden, die die Bevölkerung Russlands erreichen, Selbstorganisation ermöglichen und Demokratie von unten aufbauen helfen. Vor allem aber ist eine kohärente Politik nötig. „Russland ist die geographisch, demographisch und militärisch größte Macht in Europa, wichtigster Lieferant strategischer Ressourcen, einer der größten Absatzmärkte der Europäischen Union, und nicht zuletzt ist es als traditionelle europäische Ordnungsmacht sowohl konstruktiv als auch destruktiv von ausschlaggebender Bedeutung für die aktuellen wie potentiellen Krisenherde auf dem Kontinent und in seinen angrenzenden Regionen. Ein kohärentes Verhältnis zu diesem Land ist daher von existenzieller Bedeutung.“^{liiii}

-
- ⁱ Zitiert nach DER SPIEGEL 43/2004 S. 150, Walter Mayr, „Klima der Angst“
- ⁱⁱ vgl. „Die Demokratie in den Provinzen“, Michael Ludwig, in FAZ 16. 10. 2004
- ⁱⁱⁱ zitiert nach ebd.
- ^{iv} zitiert nach ebd.
- ^v „Jawlinskij warnt vor Kampagne gegen Russland“, Nils Kremer, Financial Times Deutschland 20. 10. 2004
- ^{vi} ebd.
- ^{vii} Zitiert nach DER SPIEGEL a.a.O
- ^{viii} vgl. „Wie im Zarenreich“, FAZ 18. 10. 2004
- ^{ix} Deutsche Welle, 03. 11. 2003, zitiert nach www.dw-world.de/german/0,,1454_A_1019987,00.html
- ^x Der Standard, Wien, 17. 09. 2004, zitiert nach www.derstandard.at/?url=/?id=1505678
- ^{xi} Deutschlandfunk 09. 09. 2004
- ^{xii} Deutschlandfunk-Interview vom 10. 09. 2004, zitiert nach www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/302084
- ^{xiii} zitiert nach: Burhard Bischof, „Moskauer Warnsignale: „Kriechende Restauration“ in Russland. Die Presse, Wien, 10. 11. 2004
- ^{xiv} ebd.
- ^{xv} vgl. dazu im Einzelnen: „Wird Partei der Macht zu Ebenbild der KPDSU?“, RIA Nowosti, Moskau, 12. 11. 2004
- ^{xvi} zitiert nach Peter A. Fischer (Wirtschaftskorrespondent in Moskau): „Wladimir Putin – Ein „wohlwollender Diktator“? Beunruhigender Kurswechsel Richtung Kommando-Kapitalismus in Russland. Neue Zürcher Zeitung, 13. 11. 2004 (besonders beachtenswert seine Ausarbeitung von sieben zentralen Defiziten)
- ^{xvii} www.gernot-erler.de/Rubrik Presstexte „Offener Brief - geschlossene Augen“, Pressemitteilung vom 1.10.2004
- ^{xviii} vgl. dazu etwa: FAZ: „Russland ist einen Schritt näher an einem autoritären Regime“, 30. 09. 2004 oder TAZ: „Offener Brief – An die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der Nato“ vom gleichen Tage.
- ^{xix} Dass diese Kritik nicht singulär ist, zeigt exemplarisch: „Die Demokratie Russlands macht Pause. Für die EU stehen Wirtschaftsinteressen vor ‚gemeinsamen Werten‘“ v. Susanne Gernot, ZDF 06. 11. 2003, www.zdf.de/ZDF/inhalt/28/0,1872,2077468,00.html
- ^{xx} Der US-Senator John McCain hatte auf der Münchner Wehrkundetagung 2004 eine lange Liste russischer Verfehlungen aufgezählt und gesagt, dass der „dramatische Verfall der Demokratie in Russland die fundamentalen Annahmen unserer Russland-Politik seit 1991 in Frage stellt.“ Zitiert nach: „USA und Europa auf Versöhnungskurs“, Handelsblatt 09. 02. 2004
- ^{xxi} Financial Times Deutschland, a.a.O.
- ^{xxii} „Triumph für Putins gelenkte Demokratie“, Neue Zürcher Zeitung, 09. 12. 2003
- ^{xxiii} vgl. dazu etwa Nowyje Iswestija, Interfax vom 16. 08. 2004, Interfax vom 13. 08. 2004, in deutscher Übersetzung bei <http://www.dw-world.de/dwelle/cda/detail.artikel>
- ^{xxiv} zitiert nach „Butterbrot und Peitsche: Wählen leicht gemacht“, www.aktuell.ru, 11. 03. 2004
- ^{xxv} etwa im Unterschied zur Endzeit der DDR, wo die Bürger eine große Sensibilität für Wahlfälschung entwickelt hatten.
- ^{xxvi} zitiert nach www.russlandonline.ru/rupo10010/morenews.php?iditem=857
- ^{xxvii} „Putin weist Kritik zurück“. Handelsblatt, 22. 11. 2004
- ^{xxviii} vgl. Pforzheimer Zeitung, „Harte Hand, starker Staat“, 16. 09. 2004, www.pz-newa.de/blickpunkte/berichte/56933
- ^{xxix} Sergej Kowaljow: „Standfestigkeit der menschlichen Seele“, Rede zur Verleihung des Hannah Arendt Preises für politisches Denken, Bremen, 25. 11. 2000, zitiert nach www.hannah-arendt.de/Preisträger/Preis_2000_9.html
- ^{xxx} Interview von Manfred Quiring: „Putin hat nichts gegen Demokratie – sie ist ihm egal“, Die Welt, 08. 11. 2003
- ^{xxxi} ebd.
- ^{xxxii} Simon, Gerhard, Putin als Verkörperung des „russischen Weges“, in: H. Adomeit et al (Hrsg.), Ein Jahr Präsidentschaft Putin, Berlin, 2001, S 9f
- ^{xxxiii} vgl. dazu u. a. „Nowyje Iswestija: Kreml plant Gründung einer liberalen Partei, RIA Nowosti, 21. 10. 2004
- ^{xxxiv} vgl. dazu u. a. „Demokratie mit Schönheitsfehlern“, Eberhard Schneider zu den russischen Parlamentswahlen, ZDF 07. 12. 2003, www.zdf.de/ZDFde/inhalt/27/0,1872,2086747,00.html :“Es ist ein großes Problem, dass die Bevölkerung parteipolitisch sehr abstinent ist. Die Russen können seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion das Wort ‚Partei‘ nicht mehr hören. Es klingt für sie etwas anrühlich, weil sie es noch immer mit der Partei verbinden, der KPdSU. Zweitens sind viele Menschen noch immer so mit dem nackten Überlebenskampf beschäftigt, dass sie weder Zeit noch Interesse für Politik haben.“

^{xxxv} G. Simon, *Russland –eine Kultur am Rande Europas*. In: *Russland in Europa? Innere Entwicklungen und die internationalen Beziehungen heute*, Köln, 2000, S. 14f

^{xxxvi} Dr. V. P. Ljubin, „Demokratie oder Autoritarismus: Altes und Neues in der politischen Kultur Russlands“, in Übersetzung aus dem Russischen von Iris Lenzen, ausführlich in: *Osteuropa*, Stuttgart-Aachen, 2002, Nr. 2, S. 180-200, zitiert nach www.alestep.narod.ru/lubin3.html

^{xxxvii} vgl. Einwohner Russlands wollen eine Opposition zur Macht haben, sehen sie aber nicht. *Ria Nowosti*, Moskau 22. 10. 2004

^{xxxviii} Christoph Neidert, *Russia's Carnival, The Smells, Sights, and Sounds of Transition*, Lanham, Boulder, New York, Oxford, 2003, S. 5. Das Buch ist im Übrigen eine Fundgrube für die unglaubliche Vielfalt der Transformation im alltäglichen Leben, in Verhalten, Sprache, Wirtschaft, Kultur etc. und durchleuchtet alle Schichten staatlicher und persönlicher Existenz zwischen der Sowjetunion und heute.

^{xxxix} Hans-Joachim Spanger: *Die Fesseln der Konditionierung. Demokratieexport nach Russland als Politikersatz*, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Report 4/2001, S.1. (Der Beitrag bietet viele Anhaltspunkte zur Beurteilung westlicher „Demokratisierungspolitik“ in Russland)

^{xl} vgl. dazu: *Russland unter Putin*, www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/23_01/russland2.html

^{xli} vgl. dazu: Christina A. Cisova, *Demokratie. Wie sie in Russland und Deutschland verstanden wird*. Germanistisches Jahrbuch GUS „Das Wort“ 2003, S. 55ff

^{xlii} www.archive.1september.ru/upr/2000/no33.htm, zitiert nach ebd.

^{xliii} vgl. im Folgenden: Gerd Weidenhausen, *Sphinx Russland, Die Duma-Wahlen, das Erdöl, der Fall Chodorkowski und Europa, die Drei*, I/04

^{xliv} Neidert, a.a.O., S. 9

^{xlv} Vgl. dazu aus der Vielzahl der Quellen: „Wie im Zarenreich“. *Russische Menschenrechtlerin sieht Demokratie gefährdet*. FAZ 18. 10. 2004

^{xlvi} Protokoll des 7. Schlangenbader Gesprächs der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a. M.: „Weiter so? Strategische Partnerschaft zwischen Sicherheit und Demokratie“, Schlangenbad, 6.-8. Mai 2004

^{xlvii} vgl. dazu beispielhaft den Gastkommentar des Vorsitzenden des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Klaus Mangold: „Putins Reformen zahlen sich aus. Das Interesse der deutschen Wirtschaft am russischen Markt ist so groß wie nie zuvor“. *Handelsblatt* 19. 10. 2004

^{xlviii} Vyacheslov Nikonov: *Temptation of Uniqueness. Russia in 2013: Non-Western West*. In: *Russia in Global Affairs*, Vol.1, No.3, July – September 2003, S. 34 – 55. Der Beitrag ist auch deshalb zu berücksichtigen, weil er ausführlich auf die Veränderung hinweist, die sich aus der Tatsache ergibt, dass „for the first time in its history, ethnic Russians now make an overwhelming majority of the population...“, S. 38

^{xlix} ebd., S. 39

^l ebd. Für den Interessierten bietet dieser Aufsatz auch noch ausgezeichnete Informationen über die Zukunft der unterschiedlichen existierenden Parteien, die auch nach den Wahlen noch von Interesse sind, aber auch die Auseinandersetzung mit Begriffen wie z.B. „Controlled Pluralism“ etc.

^{li} vgl. Ralf Dahrendorf, *Die Krisen der Demokratie*, Ein Gespräch, München 2002, S.7

^{lii} vgl. ebd., S. 9

^{liii} Spanger, a.a.O. S. 1